

10.2.2014, 09:23 Uhr

Toni Brunner über den SVP-Sieg

«Ein Wendepunkt»

Interview: Markus Häfliger, Bern 10.2.2014, 09:23 Uhr



«Die Schweiz spielt eine Vorreiterrolle»: SVP-Chef Toni Brunner am Tag seines Abstimmungssiegs in Bern. (Bild: Peter Schneider / Keystone)

Das Ja zur SVP-Initiative sei ein Signal für ganz Europa, sagt SVP-Präsident Brunner. Damit sei auch das vom Bundesrat angestrebte Rahmenabkommen mit der EU vom Tisch.

Herr Brunner, das Ja zur Masseneinwanderungsinitiative ist der bisher grösste politische Sieg der SVP. Einverstanden?

Es ist ein Wendepunkt in der Zuwanderungspolitik. Die Schweiz kann ihre Zuwanderung endlich wieder steuern.

Sie haben die Frage nicht beantwortet.

Nicht der Erfolg der SVP steht im Vordergrund. Sondern, dass wir bei Volk und Ständen eine Mehrheit gefunden haben gegen die aus dem Ruder gelaufene, unkontrollierte Zuwanderung. Die SVP wurde von Bundesrat, Parteien, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Verwaltung massiv bekämpft. Das Ergebnis muss unseren Gegnern zu denken geben: Es zeigt sehr deutlich, dass das Volk Bundesbern nicht mehr zutraut, dass es die Probleme von sich aus löst. Deshalb hat der Bundesrat nun einen klaren Auftrag gefasst.

Wie viele Zuwanderer sollen es künftig pro Jahr noch sein?

Wenn wir eine konkrete Zahl gewollt hätten, hätten wir sie in die Initiative geschrieben. Aber es müssen klar weniger sein als heute. Die Zahl der Zuwanderer muss sich wieder stärker am Arbeitsmarkt orientieren. Heute läuft die Zuwanderung oft am Arbeitsmarkt vorbei – etwa wegen der grosszügigen Regeln beim Familiennachzug.

Wie soll man die Initiative umsetzen?

Die Schweiz soll viel stärker auf Kurzaufenthaltsbewilligungen setzen, die keinen Anspruch auf Niederlassung, auf Familiennachzug oder auf Sozialleistungen geben. Wer in saisonalen Branchen arbeitet, kehrt wieder heim, sobald er seine Dienstleistung erbracht hat. Zudem sollen Schweizerinnen und Schweizer auf dem Arbeitsmarkt privilegiert werden – inklusive jener Ausländer, die bereits hier leben.

Was sind die nächsten Schritte?

Der Bundesrat muss mit Brüssel neue Verhandlungen über die Personenfreizügigkeit aufnehmen. Ich bin hier nicht so pessimistisch wie unsere Gegner. Denn wir diskriminieren ja nicht einzelne EU-Staaten, sondern führen Kontingente für alle ein. Zweitens soll der Bundesrat eine Arbeitsgruppe einsetzen, die Lösungen vorschlägt, um das Kontingentierungssystem im Inland umzusetzen. Auch die Wirtschaft ist gefordert, den Inländer-Vorrang zu respektieren. Es können doch nicht immer mehr junge und billige Arbeitskräfte aus dem Ausland geholt werden, und sobald man sie nicht mehr braucht, übergibt man sie dem Staat.

Was passiert mit der Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien?

Die Unterzeichnung und Ratifizierung dieses Abkommens muss sistiert werden. Auch hier gelten neu Kontingente.

Die Personenfreizügigkeit ist verbunden mit anderen bilateralen Verträgen. Die EU kann die anderen Verträge kündigen.

Eine Kündigung ist nicht im Interesse der EU. Wenn die Schweiz die Bilateralen I buchstabengetreu einfordern würde, hätte sie das Landverkehrsabkommen schon lange kündigen müssen.

Die Schweiz würde dann einfach die Grenzen für EU-Lastwagen schliessen?

Nein, aber gerade das Verkehrsdossier zeigt, dass auch die EU Interesse an den bilateralen Verträgen hat. Wir wollen weiterhin partnerschaftlich mit der EU zusammenarbeiten. Unsere Initiative hat ein Problem aufgegriffen, das auch viele EU-Staaten kennen: Die Personenfreizügigkeit und die Zuwanderung in die Sozialwerke werden auch innerhalb der EU zunehmend zur Debatte stehen.

Genau deshalb kann die EU der Schweiz kaum eine Ausnahme zugestehen.

Die Schweiz ist das einzige Land in Europa, wo das Volk über heikle Fragen abstimmen kann. Deshalb spielt die Schweiz jetzt eine Art Vorreiterrolle für ganz Europa. Der Volksentscheid wird ein Fingerzeig sein, dass auch innerhalb der EU die offenen Grenzen in der heutigen Form diskutiert werden müssen.

Was bedeutet der Entscheid für das institutionelle Rahmenabkommen, das die Schweizer Regierung mit der EU anstrebt?

Für mich ist das Abkommen über die institutionelle Anbindung mit dem heutigen Tag vom Tisch.

Sie haben nun erklärt, was der Bundesrat alles tun soll. Stünde nicht primär die SVP in der Verantwortung?

Die Regierung ist dazu da, Volksentscheide umzusetzen – auch wenn es ihr nicht passt. Wenn die SVP mehr Regierungsverantwortung übernehmen soll, dann müsste man uns zuerst den längst fälligen zweiten Bundesratssitz zugestehen.

Für die Schweizerische Volkspartei ist das eine Win-win-Situation: Sie kann jeden Umsetzungsvorschlag kritisieren, muss aber nicht selber zeigen, dass sie es besser könnte.

Wir haben gezeigt, wie wir Migrationspolitik sehen – mit Kontingenten und Höchstzahlen. Für die Ausgestaltung gibt es eine exekutive Behörde.

MEHR ZUM THEMA

Ja zur «Masseneinwanderungsinitiative»

Blochers erneuter Triumph

10.2.2014, 05:30 Uhr

Toni Brunner im Interview

«Viele Firmen bedienen sich nur noch bei günstigen Arbeitskräften im Ausland»

24.11.2013

Streitgespräch zur SVP-Initiative

Markt oder Politik für die Zuwanderung?

14.1.2014

Reaktion des Bundesrates

«Wir müssen schnell mit Brüssel verhandeln»

10.2.2014

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTES SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.